

Außenansicht

Bei der Neuordnung dabei sein

Europa sollte die Einladung der USA annehmen, gemeinsam über Ziele und Mittel des Afghanistan-Einsatzes nachzudenken.

Von Volker Perthes

Nicht nur bei der Sicherheitskonferenz in München, sondern auch danach fiel auf, wie offen die Regierung des neuen US-Präsidenten Barack Obama ihre internationalen Partner und hier vor allem die europäischen Staaten um Anregungen bittet. Noch nie hat eine amerikanische Regierung so viel Gesprächsbereitschaft demonstriert und gleich zu Beginn der Amtszeit um internationalen Rat gebeten. Jede neue amerikanische Regierung ordnet auch die Außenpolitik neu. Doch die direkte Aufforderung an andere, die eigenen Ideen einzubringen, ist ein Novum.

Insgesamt sind 60 Tage intensiver konzeptioneller Arbeit und strategischen Denkens für diese Neuordnung vorgesehen; sie soll vor dem Nato-Gipfel am 3. April abgeschlossen sein. Wenn Europa sich wirklich einbringen will, hat es dazu nur noch wenige Wochen Zeit. Bislang sieht es so aus, als ob die Einladung, sich am Washingtoner Nachdenkprozess über die zukünftige Außenpolitik zu beteiligen, nur von einzelnen EU-Staaten im bilateralen Austausch wahrgenommen wird. Das entspricht auch den Bemühungen einzelner großer und mittlerer Staaten der EU, sich selbst als privilegierter Ansprechpartner der USA in Europa zu präsentieren.

Zu den Themen, die die Foreign Policy Review der neuen US-Regierung dominieren, gehören der Nahostkonflikt, das zukünftige Verhältnis zu Russland, der Umgang mit Iran - hier ist es dann tatsächlich schon zu einer Diskussion zwischen Vertretern der führenden EU-Staaten und der neuen Regierung in Washington gekommen - und nicht zuletzt um Afghanistan. Für Barack Obama, der den Krieg in Afghanistan zur zentralen Front im Kampf gegen den Terror erklärt hat, liegt hier die entscheidende Herausforderung: Die Glaubwürdigkeit der Nato und sein eigener außen- und sicherheitspolitischer Erfolg werden sich für ihn und seine Regierung vor allem daran messen, ob die Mission in Afghanistan gelingt.

Erfolg muss aber klar definiert werden - was bisher nicht geschehen ist. Insofern ist die Policy Review zu Afghanistan tatsächlich eine strategische Überprüfung der aktuellen Politik. Einige Vorgaben hat das Obama-Team für diese Strategiediskussion gemacht; allerdings handelt es sich dabei, wie Mitglieder dieses Teams im privaten Gespräch zugeben, eher um allgemeine Prinzipien als um die konkrete Festlegung der einzelnen politischen Schritte. Dabei soll die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung im Vordergrund stehen, schon um deren Unterstützung für den Kampf gegen die Taliban zu erhalten. Die Ziele sollen auf das beschränkt werden, was mit den verfügbaren Ressourcen tatsächlich erreichbar ist. Die Nachbarn Afghanistans sollen in die Stabilisierungsbemühungen einbezogen werden. Das betrifft nicht nur Pakistan, sondern auch Iran. Wie dies im Einzelnen umgesetzt werden kann, gilt es noch herauszufinden. Eine Idee wäre die Einrichtung einer Kontaktgruppe, die das internationale Vorgehen in Afghanistan koordiniert. Das könnte an das durchaus erfolgreiche Experiment der Petersbergkonferenz anknüpfen, bei der Iran, die USA, Europas Staaten und die afghanischen Fraktionen die Grundlagen des Neuanfangs in Afghanistan legten.

Am wichtigsten wird es dabei sein, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Wahrscheinlich brauchten wir so etwas wie eine internationale "Loya Jirga", eine "große Versammlung" aller Beteiligten - der Truppensteller, der Nachbarn Afghanistans, wichtiger Transitländer und Afghanistans selbst -, um herauszufinden, was diese Ziele sein können. Soll der afghanische Staat, mit westlicher Hilfe, sich

selbst davor schützen können, dass er nicht noch einmal die Basis für internationale terroristische Organisationen wird? Oder insistiert die internationale Gemeinschaft auf einer bestimmten Form von Staat oder Regierung, also auf der Umsetzung westlicher Wertevorstellungen? Wie viel Zentralisierung braucht ein afghanischer Staat? Wie viel Einfluss dürfen und sollen Nachbarn nehmen, die ein berechtigtes Interesse an der Abwehr von Gefahren für ihr Land haben? Sind hier die Antworten klar, wird es leichter sein festzulegen, was welcher Staat an finanzieller Unterstützung leisten will oder an ziviler Aufbauhilfe, ob er Polizisten oder Soldaten ausbilden möchte.

Dem Prinzip, dass die Sicherheit der Afghanen Vorrang haben muss, und der oft wiederholten Aussage, dass der Kampf in Afghanistan militärisch allein nicht zu gewinnen ist, dürften fast alle Truppensteller zustimmen können. Es reicht aber nicht aus zu wiederholen, dass man statt dessen auf eine "vernetzte Sicherheit" setzt, also auf die Verknüpfung militärischer, entwicklungspolitischer und anderer ziviler Kräfte. Dies muss nicht notwendig weniger Militär bedeuten, es kann sogar heißen, mehr Soldaten ins Land zu schicken. Wer die Zahl der amerikanischen Luftanschläge reduzieren will, bei denen immer wieder unbeteiligte Familien ums Leben kommen, wird mehr Truppen auf dem Boden einsetzen müssen, die leichter zwischen Freund und Feind unterscheiden können.

Doch es kann nicht nur um zusätzliche Soldaten gehen, und bei den Soldaten nicht nur um mehr Kampftruppen. Gebraucht werden auch mehr Kapazitäten für Logistik, Transport und die medizinische Evakuierung, Trainer für afghanische Armee und Polizei und natürlich zusätzliche Finanz- und Entwicklungshilfe, um Straßen und Schulen zu bauen, um afghanische Polizisten gut zu bezahlen - noch bekommen sie häufig weniger, als die Taliban ihnen bieten.

Deutschland und die anderen europäischen Staaten müssen nicht befürchten, von der neuen US-Regierung spätestens zum Nato-Gipfel mit konkreten Forderungen nach bestimmten zusätzlichen Truppenkontingenten überfallen zu werden. Das Angebot aus Washington heißt vielmehr: Beteiligt euch an unserem strategischen Nachdenkprozess über Mittel und Ziele des Afghanistaneinsatzes. Auf der Grundlage solchen gemeinsamen Nachdenkens kann jeder Staat dann entscheiden, was er seinen eigenen Kapazitäten und Präferenzen entsprechend beisteuern kann.

Sinnvollerweise sollten die EU-Staaten sich an der Diskussion der Ziele und Erfolgskriterien gemeinsam beteiligen. Wenn sie dieser Einladung allerdings weder im europäischen Verbund noch als Einzelstaaten nachkommen, werden sie, zumindest für die nächsten vier Jahre, nicht mehr behaupten können, man habe sie nicht gefragt. Egal, ob ihnen das amerikanische Vorgehen in Afghanistan gefällt oder nicht.

Volker Perthes ist Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er forscht unter anderem über die Beziehungen der USA zu Europa.